Herrn
Landrat
Wilhelm Schneider
Am Herrenhof 1
97437 Haßfurt

Sehr geehrter Herr Landrat,
lieber Wilhelm,
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages Haßberge,

ich bitte für die SPD Fraktion, um Behandlung des Antrages bei der nächsten Sitzung des Kreistages.

Antrag:

Kein Einsatz des krebserregenden Herbizidwirkstoff Glyphosat im Einflußbereich des Landkreises Haßberge

Allein die Diskussion um das Verbot solcher giftiger Pflanzenschutzmittel (**Herbizidwirkstoffe**) sollte uns schon zu denken geben und als Argument genügen, dass wir solche Gifte nicht freiwillig im Einflußbereich des Landkreises, im Wohnumfeld und Freizeitraum von Menschen, ausbringen zu lassen. Die Giftwirkung auf Menschen ist in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert worden, ebenso die Giftwirkung auf Bienen, auf die Insektenwelt, deren Bestände bereits deutlich dezimiert sind, sowie zahlreiche andere Insektenarten. Auch ihr Nahrungsangebot wird ja durch das Gift vernichtet.

Wir bitten die Kreisrätinnen und Kreisräte, dem folgenden Antrag zuzustimmen.

Kein Einsatz des krebserregenden Herbizidwirkstoffs Glyphosat und vergleichbarer Herbizidwirkstoffe auf Flächen des Landkreises Haßberge

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis Haßberge verzichtet ab dem 01. März 2018 bei allen Flächen unter seiner Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat.
2. Private Unternehmen, die Aufträge vom Landkreis Haßberge zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, werden entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.

3. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.
4. Einrichtungen des Landkreises, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege und öffentlichen Grüns erbringen, weisen nachdrücklich auf das geltende Verbot der Anwendung glyphosathaltiger Mittel auf befestigten Flächen hin und vermitteln den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten und im öffentlichen Raum.
5. Unter Beteiligung fachbezogener Behörden wird für alle kommunalen Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.

Begründung:

Die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Die aktuelle Einstufung von Glyphosat durch die IARC bestätigt frühere Hinweise auf eine Kanzerogenität (krebserregende Wirkung) und Genotoxizität (Erbgut-schädigung) des Wirkstoffs.

Einige Bundesländer (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen) haben in Reaktion auf die IARC-Einstufung Erlasse gegen die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Glyphosatanwendungen auf Nichtkulturland (u.a. im kommunalen Bereich) erlassen. Bereits 2013 hat sich der Bundesrat für ein Verbot glyphosathaltiger Herbizide für den Haus- und Kleingartenbereich ausgesprochen. Zudem haben einige Bau- und Gartenmarktunternehmen wie toom, OBI und Bauhaus angekündigt, Glyphosatprodukte aus ihren Sortimenten zu nehmen.

Der Landkreis Haßberge nimmt dieses Handeln zum Vorbild und möchte mit diesem Beschluss gemäß dem Vorsorgeprinzip ihrer Mitverantwortung für den Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, auch um an die Nachhaltigkeitsdebatte und die Ziele der Agenda 21 für den Kreis Haßberge anzuknüpfen. Unabhängig von der Frage nach gesundheitlichen Risiken ist eine wesentliche Reduktion des Glyphosateinsatzes auch in der Landwirtschaft aus ökologischen Gründen geboten, um den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt in unseren Kulturlandschaften zu stoppen.

Für die SPD Kreistagsfraktion

Jürgen Hennemann
Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Paul Hümmer
Werk- und Umweltausschuß